

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Parteipolitische Wissenschaft?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1952) : Parteipolitische Wissenschaft?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 32, Iss. 11, pp. 665-666

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131618>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ist ein neuer Gewerkschaftskurs zu erwarten?

Eine geistige — keine machtpolitische Niederlage

Man kann versuchen, die Antwort auf diese Frage aus dem Verlauf des Berliner Kongresses des DGB. herauszulesen. Doch geben die Reden der Delegierten keine eindeutige Auskunft über die Motive, die dazu geführt haben, daß anstelle von Christian Fette Walter Freitag zum 1. Vorsitzenden des DGB. gewählt worden ist. Auch sagen die Motive der Wahl natürlich nur begrenzt etwas darüber aus, wie der künftige Kurs aussehen wird. Immerhin nützt es vielleicht ein wenig, sich die wesentlichsten Punkte der Kritik ins Gedächtnis zurückzurufen, die die bisherige Politik des DGB.-Vorstandes bei den Kongreß-Delegierten gefunden hat.

Kampf um die Betriebsverfassung

Diese Kritik richtete sich gegen die Führung des Kampfes um das Betriebsverfassungsgesetz. Man warf ihr vor, den Kampf vorzeitig abgebrochen und dadurch eine Niederlage verschuldet zu haben. Einige Delegierte waren der Meinung, man hätte dann besser getan, den Kampf erst gar nicht zu beginnen. Es war nicht sehr geschickt, wenn Christian Fette sich mit dem Hinweis zu verteidigen suchte, er habe den Kampf weiter führen wollen, sei aber im Bundesausschuß überstimmt worden. Das war kein imponierendes Argument. Zudem gab es der Kritik in einem Umfange recht, der den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprach. Ob die Form des Gewerkschaftskampfes um das Betriebsverfassungsgesetz richtig oder falsch war, darüber kann man streiten, und darüber wird wahrscheinlich auch in gewerkschaftlichen Kreisen keine einheitliche Meinung zu erzielen sein.

Das eigentliche Versagen der Gewerkschaftsführung lag an ganz

anderer Stelle, und die Reden der Vorstandsmitglieder auf dem Kongreß hinterließen den Eindruck, daß sie ihren eigentlichen Fehler auch nachträglich nicht erkannt hatten. Das Versagen bestand — so erscheint es dem Außenstehenden — darin, daß der Kampf selbst wie seine Beendigung nicht durch eine ausreichende Aufklärung und Information der Gewerkschaftsmitglieder und der unteren Funktionäre vorbereitet und begleitet war. So machte die Masse mehr aus Disziplin als aus wirklicher Überzeugung mit. Aus den Reden der Delegierten ging jedenfalls deutlich hervor, daß man sich ungenügend informiert fühlte, wenn sich auch die Kritik nicht gegen die mangelnde Aufklärung, sondern die als unklar empfundene Gewerkschaftspolitik richtete.

Wirtschaftsdemokratisches Denken

Bezeichnend für die Grundstimmung, die heute unter Funktionären der deutschen Gewerkschaften vorherrschend ist, war: worin man die eigentliche Niederlage erblickte. Sie lag für die meisten Delegierten darin, daß die Gewerkschaften nicht in der Lage gewesen waren, ihren Willen im Betriebsverfassungsgesetz durchzusetzen. Nur sehr wenige Stimmen wurden laut, die gerade dies nicht weiter tragisch nahmen und die richtige Einsicht hatten, es gehöre nun einmal

zur demokratischen Lebensform einer Gemeinschaft, daß nicht jede Gruppe jederzeit ihren Willen durchsetzen kann. Die meisten jedoch schienen nicht zu erkennen, daß die wirkliche Niederlage eine geistige und keine machtpolitische gewesen war und daß diese geistige Niederlage auf der bisher ungenügenden Überzeugungskraft des wirtschaftsdemokratischen Gedankens innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften beruhte.

Der starke Mann?

Daraus lassen sich nun einige Schlußfolgerungen für die Beantwortung unserer Frage ziehen. Daß in Walter Freitag der „starke Mann“ gewählt wurde, bedeutet nur dann eine wesentliche Änderung des Kurses, wenn die DGB.-Führung die Fehler, die in quantitativer und qualitativer Hinsicht auf dem Gebiet der öffentlichen Information gemacht worden sind, künftig zu vermeiden versteht. Das bleibt abzuwarten.

In einer Hinsicht wird eine stärkere Hand auf jeden Fall von Nutzen sein. Die Organisation der deutschen Gewerkschaft mit ihrer großen Selbständigkeit der einzelnen Industriegewerkschaften macht es dem DGB. nur dann möglich, eine einheitliche Führung durchzusetzen, wenn eine starke Persönlichkeit an seiner Spitze steht. Es ist zu vermuten, daß Walter Freitag der Mann sein wird, dieses Dilemma zu lösen. (P. P.)

Parteipolitik und Gewerkschaftspolitik

Hans Böckler starb, als die Gewerkschaften wieder aufgebaut waren und nach der Währungsreform mit dem allgemeinen Wirtschaftsaufstieg auch steigende Reallöhne verbunden waren.

Sein Nachfolger Christian Fette stand anderen Schwierigkeiten

gegenüber: Die Restauration des Großbesitzes befestigte sich. Nach 1945 hatte die Gewerkschaftsführung das Großunternehmertum für den Zusammenbruch der Weimarer Republik und die Finanzierung Hitlers verantwortlich gemacht. Die Schlußfolgerung hieraus war die

Forderung nach gleichberechtigter Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft (was nicht heißt, daß es nicht auch andere Begründungen für diese Forderung gäbe). Diesem Lieblingskind zuliebe opferte man manchen Lohnkampf.

Ausflug in die hohe Politik

Fette und mit ihm der größte Teil der Gewerkschaftsführung hoffte dieses Ziel offenbar durch Verhandlung mit der Regierung zu erreichen. Er versuchte mehrmals, seine Stimme für die Außenpolitik der Regierung zu erheben — für Schuman-Plan und Wehrbeitrag — offenbar um Gutwetter für seine Gewerkschaftsziele zu machen. Aber damit setzte er sich zwischen alle Stühle: Die Masse der aktiven Gewerkschaftsmitglieder und -funktionäre sind Sozialdemokraten und mißtrauisch gegen Anbiederungsversuche, die mit der Parteipolitik kollidieren.

Kurt Schumacher griff nur einmal in die Gewerkschaftspolitik ein, indem er auf einer SPD-Betriebsfunktionärskonferenz, die aus ganz Westdeutschland beschiedet war, seine Politik gegen den Schumanplan darlegte. Hier zeigte sich, wer das Vertrauen in den Betrieben hatte. Er erhielt ein einmütiges Vertrauensvotum. Der Ausflug der Gewerkschaftsführung in die hohe Politik war damit gescheitert. Denn auch für Adenauer war ihre Zustimmung nun wertlos geworden.

Es blieb nur ein Wechsel des Themas oder der Gewerkschaftskampf um das Mitbestimmungsrecht, d. h. der Streik.

Ein negatives Streikziel

Nur einmal, 1920, ist ein großer politischer Streik gelungen: gegen den Kapp-Putsch. Es galt damals, die Rückkehr eines verhaßten Systems zu verhindern. Aber auch damals wußte die Führung nicht den Sieg zu organisieren. Man ließ die damalige Regierung im Amt, ohne den errungenen Sieg zu sichern. In diesem Sommer schien die Aufgabe noch schwerer: Etwas neues, nicht in Lohnerhöhung ausdrückbares sollte durch den Streik erreicht werden, d. h. durch den entbehrungsreichen Einsatz jedes einzelnen Arbeiters. Die Zustimmung der Massen war erstaunlich groß. Seit 1945 waren keine gleich-

großen Versammlungen gewesen. Man begann mit Teilstreiks, aber nicht im Zentrum der Wirtschaft an Rhein und Ruhr. Und schließlich wagte man nicht den großen Schlag des Generalstreiks. Man glaubte, die Regierung durch die bloßen Vorbereitungen ins Bockshorn jagen zu können — und proklamierte hinterher das negative Streikziel: Verhinderung des Betriebsverfassungsgesetzes der Regierung Adenauer. Aber dieser behielt die Nerven.

Kein neuer Kampfplan

Die Niederlage Fettes auf dem Gewerkschaftskongreß in Berlin zeigte nicht den vollen Verlust an Vertrauen der Arbeiter gegenüber der Gewerkschaftsführung. Denn

Noch fehlt eine neue Konzeption

Man hat aus verständlichen Gründen von Gewerkschaftsseite aus vermieden, eine offizielle Erklärung darüber abzugeben, ob ein neuer Kurs in der Gewerkschaftspolitik eingeschlagen werden soll, und es ist zweifellos zu früh, um sich als Außenstehender hierüber ein Urteil zu bilden. Trotzdem scheinen Symptome darauf hinzuweisen, daß eine grundlegende Kursänderung nicht zu erwarten sein dürfte. Fette ist schließlich nicht am Inhalt der von ihm proklamierten Forderungen gescheitert, sondern an der Taktik ihrer Durchführung. Immerhin sind in der Diskussion um die Gewerkschaftspolitik Fragen aufgetaucht, die an eine grundsätzliche Entscheidung rühren. Wenn wir nicht glauben, daß diese ans Grundsätzliche rührenden Fragen schon heute Einfluß auf die Gewerkschaftspolitik nehmen, so einfach aus dem Grunde, weil der Gewerkschaftskongreß einwandfrei erkennen ließ, daß eine feste Vorstellung von einer neuen Konzeption nicht vorhanden ist.

Konzentration auf eigene Aufgaben

Nach dem Scheitern der bisherigen Taktik wird man jedoch annehmen können, daß die Gewerkschaftspolitik sich künftig stärker auf die ihr eigenen Aufgaben, nämlich die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Hebung der sozialen Stellung des Arbeitnehmers, konzentrieren wird als bis-

Fette war nicht allein verantwortlich. Und keiner wußte einen vertrauenerweckenden neuen Kampfplan aufzustellen. Als Walter Freitag in der Diskussion gesprochen hatte, verlor er Sympathien, vielleicht 80 Stimmen wandten sich von ihm ab. So war sein Sieg über Fette nur schwach.

Freitag wird seinen Kurs weniger schwankend ansteuern. Seine Aufgabe ist, das Vertrauen der Gewerkschaften in die eigene Kraft wiederherzustellen. Wenn er sich auf Lohnkämpfe konzentriert, die auch heute erfolgreich zu führen sind, so kann er allmählich daran gehen, weitergesteckte Ziele, Mitbestimmungsrecht und 40-Stunden-Woche, wieder aufzugreifen. (tz.)

her. Sie wird es vermeiden, der politischen Linie der Partei, der ihre meisten Mitglieder angehören, Konkurrenz zu machen. Mit der Konzentrierung auf die spezifisch gewerkschaftlichen Aufgaben wird die Gewerkschaftsleitung versuchen, die Reihen hinter sich wieder dichter zu schließen.

Ablösung

kollektivistischer Gedankengänge

Der Gewerkschaftspolitik steht aber eine viel größere Aufgabe bevor: Die Umformung ihrer auch heute noch kollektivistisch orientierten Ideologie in eine neue Konzeption, die dem Persönlichkeitswert innerhalb einer sozialen Wirtschaftsgemeinschaft eine stärkere Bedeutung zuerkennt. Wenn auch das Ziel der Vollsozialisierung im Gedenken an die östlichen Erfahrungen heute nicht mehr als Aushängeschild benutzt wird, so bildet es doch noch im Unterbewußtsein die Begründung für alle kurzfristig aufgestellten Gewerkschaftsforderungen. Wenn die Vollsozialisierung und die ihr immanente Kollektivierung des Menschen mit einer Wirtschaftsordnung westlicher Kultur für unvereinbar gehalten wird, so muß das klar ausgesprochen und jede Zielsetzung darauf abgestimmt werden. Die Vergesellschaftung verschiedener Wirtschaftssektoren steht nicht im Widerspruch zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung.

Man muß sich nur darüber klar sein, welche Wirtschaftssektoren einer Vergesellschaftung zuneigen, in welcher Form eine solche Vergesellschaftung durchzuführen ist und wie die vergesellschafteten Sektoren in die Gesamtwirtschaft eingebaut werden können, ohne daß die wirtschaftliche Vitalität gelähmt wird.

Stärkung der Persönlichkeit

Vergesellschaftung braucht nicht mit Bürokratisierung und Funktionärswirtschaft gleichgesetzt zu werden. Auch unternehmerische Betriebsformen unterliegen, wenn sie eine gewisse Größe erreicht haben, einem Prozeß der Vergesellschaftung. Es müssen nur Wege gefunden werden, die vergesellschafteten Einheiten dynamisch und produktiv zu erhalten. Die Dynamik und Leistungsfähigkeit kann aber nur durch die Stärkung der Persönlichkeit gewährleistet werden. Es wäre ein schwerer Fehler anzunehmen, daß der Arbeitnehmer seiner Natur nach kollektivistisch veranlagt sei. Die Gewerkschaftsfunktionäre sollten doch einmal in wirklich leistungsfähigen Betrieben beobachten, wie jeder Arbeiter in seinem Wirkungskreis nach Verantwortung strebt und seine Persönlichkeit zur Geltung bringen will. Er wird sich schwer dagegen verwahren, daß in seinem engeren Wirkungsbereich ihm Unerfahrene und Nichtzuständige dreinreden. Nur die geistige Abstumpfung und die Not hat den arbeitenden Menschen für den Kollektivismus empfängsbereit gemacht.

Neue Formen suchen!

Je leistungsfähiger die Wirtschaft ist, um so leichter wird es der Gewerkschaft werden, die in sie gesetzten Erwartungen zu erfüllen. Die Gewerkschaften müssen eine Wirtschaftsordnung erstreben, in der die höchste Leistungsfähigkeit mit den bestmöglichen Lebensbedingungen des Arbeiters, mit weitgehender Sicherung vor wirtschaftlicher Not, mit einer Hebung seines sozialen Ansehens und mit einer Stärkung seiner Persönlichkeit verbunden ist. Dabei ist es erforderlich, daß der einzelne Mensch selbst zu einer Eigentums-

bildung kommen kann, die ihm ein stärkeres Selbstbewußtsein gibt und ihn von der Angst um wirtschaftliche Not befreit. Dieses Ziel kann aber weder durch einen nominellen Eigentumsanteil des Arbeiters am Staatskapital noch durch ein kollektivistisches Mitbestimmungsrecht über die Wirtschaftsführung erreicht werden. Man kann auch nicht erwarten, daß der Ar-

beiter davon überzeugt werden kann, die Erfüllung dieser Ziele in einer Verwirklichung der sozialen Marktwirtschaft neoliberalistischer Prägung zu sehen. Es müssen eben neue Formen gefunden werden. Und es wäre schon viel erreicht, wenn die Gewerkschaftsleitung selbst von der Notwendigkeit neuer Formen durchdrungen wäre. (h)

Parteilpolitische Wissenschaft?

In Nr. 40 der Zeitschrift „Der Volkswirt“ ist unter dem Signum „h“ eine Glosse über „das Potential der SPD.“ veröffentlicht worden. Wir wollen keine Mutmaßungen darüber anstellen, welche Hintergründe den Autor zur Abfassung dieses Artikels veranlaßt haben könnten. In einem Punkte muß aber diesem Artikel im Interesse des innerpolitischen Friedens und im Interesse einer unabhängigen wissenschaftlichen Arbeit ganz entschieden widersprochen werden: Mit einer geradezu souveränen Geste werden Personen und Institutionen durcheinander geworfen und durch „Aufdeckung“ parteipolitischer Bindungen Organisationen und Institute abgestempelt, um deren Arbeit — eine andere Absicht dürfte kaum vermutet werden können — in einem großen Kreis der Wirtschaft zu diffamieren. Man könnte sich auch eine etwas sauberere Methode bei dieser politischen „Aufklärungsarbeit“ vorstellen.

Man müßte einmal ganz klar untersuchen, ob eine Institution von einer politischen Gruppe aus in einer bestimmten politischen Absicht gegründet worden ist. Dann wird allerdings die Besetzung der verantwortlichen Stellen mit Persönlichkeiten durchgeführt werden, die jener politischen oder wirtschaftspolitischen Anschauung nahe stehen, damit eine politische Ausrichtung der von dieser Institution erarbeiteten Ergebnisse gewährleistet ist. Man kennt diese Institutionen, und man wird ihre Arbeitsergebnisse, die durchaus auf einem recht hohen Niveau stehen können, mit dem entsprechenden Vorbehalt bewerten und beurteilen. Es gibt aber daneben auch wissenschaft-

liche Institutionen, deren Aufgabe es ist, auf Grund des gesammelten Materials nach anerkannt wissenschaftlichen Methoden Aufschließungsarbeiten zu leisten und Forschungen durchzuführen, die der Gesamtheit entweder für die praktische Arbeit oder für die Urteilsfindung dienen sollen. Bei diesen Institutionen kommt es ausschließlich auf die fachliche Eignung und wissenschaftliche Befähigung der Mitarbeiter und ihrer Leiter an. Die parteipolitische Zugehörigkeit einer Person spielt hierbei keine Rolle und kann gar keine Rolle spielen, weil die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Mitarbeiter, die ganz verschiedene weltanschauliche Vorstellungen haben, eine parteipolitische Ausrichtung sowohl hinsichtlich der Aufgabenstellung wie der Ergebnisse gar nicht zulassen. Im Interesse der Wissenschaft und der Erhaltung der westlichen Kultur überhaupt ist es von ganz außerordentlicher Bedeutung, daß die unabhängige Arbeit solcher Institutionen — unter welchem staatspolitischen Regime auch immer — gewährleistet und sichergestellt wird. Der leichtfertige Verfasser des zitierten Beitrages erweist der westlichen Kultur einen üblen Dienst, wenn er diese saubere Unterscheidung außer acht läßt und aus einer innerpolitischen Sensation heraus seinen Lesern suggerieren möchte, daß irgendeine bestimmte Partei eben in allem ihre Finger drin habe. Es ist schon sehr bedauerlich und dient keineswegs dem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, wenn auf den Gebieten der politischen und wirtschaftspolitischen Erwägungen alles mit einem Pro und Contra abgestempelt und

in zwei Gegenlager aufgespalten wird. Aber aus der wissenschaftlichen Arbeit muß die Methode der parteipolitischen Abstempelung ein für alle Mal herausbleiben.

Unter der Fülle der vom Verfasser aufgezählten Organisationen und Institute, die „über ihre Leitung von der SPD. beeinflusst werden“, sind auch das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel und das Hamburgische Welt-Wirtschafts-Archiv aufgezählt. Beide Institutionen betreiben seit Jahrzehnten korrekte wissenschaftliche Arbeit, ohne sich in ihrer Aufgabenstellung, ihrer Untersuchungsmethode und der Erarbeitung der Ergebnisse von parteipolitischen Erwägungen beeinflussen zu lassen. Es erübrigt sich, etwas weiteres darüber zu sagen.

Wir empfehlen dem Verfasser, bei der Verfechtung seiner Meinungen in Zukunft doch auch sachliche Erwägungen mit zu berücksichtigen, wie es doch einer angesehenen Zeitschrift wie „Der Volkswirt“ auch entsprechen dürfte. Der Verfasser wird vielleicht insofern etwas entlastet, als er seine Ausführungen fast vollständig den „Mitteilungen der Gesellschaft für neue Staatspolitik e. V.“ (Nr. 3 v. 15. Aug. 1952) entnommen hat, die allerdings für ihre Ausführungen (die zum Teil falsch sind) keinen verantwortlichen Autor benennen. Es empfiehlt sich immer wieder, bei Verwendung von Quellen kritisch zu sein. *Lothar Berghändler.*

Glückwünsche und Wünsche

Wohl noch nie ist die Wahl eines USA.-Präsidenten in Europa mit so regem Interesse verfolgt und so stark kommentiert worden wie dieses Mal. Es hat bestimmt in Europa große Kreise gegeben, die eine Wahl Stevensons lieber gesehen hätten. Eigentlich hätte man jedoch über den Ausgang der Wahl nie im Zweifel sein dürfen, wenn man die vielen Imponderabilien berücksichtigt hätte, die gerade für die Publicity in den USA. eine ausschlaggebende Rolle spielen. Das Gewicht des Namens eines so erfolgreichen Heerführers ist groß genug, um seine Parteizugehörigkeit nur noch eine untergeordnete Rolle spielen zu lassen.

Gewiß, das Schicksal Europas ist heute eng mit der politischen und wirtschaftlichen Haltung der USA. verknüpft. Und diese Verbundenheit rechtfertigt auch die besondere Aufmerksamkeit, die man der Wahl des USA.-Präsidenten geschenkt hat. Aber es hätte eigentlich niemand konkret sagen können, warum er die Wahl des einen oder des anderen Mannes im Interesse der europäischen Zukunft mehr begrüßt hätte. Auch in der Wahlpropaganda haben die asiatischen Fragen eine stärkere Rolle gespielt als die europäischen. Die hervorragende Stellung, die die USA. in der westlichen Welt einnehmen, verpflichtet sie, und kein politischer Isolationismus könnte sie dieser Verpflichtungen entheben. Die entscheidende Frage ist jedoch, in welcher Weise die USA. diesen Verpflichtungen nachzukommen gedenken.

Mit den diplomatischen Glückwünschen, die von Europa in das Weiße Haus gelangen, werden auch eine ganze Anzahl diplomatischer Wünsche verbunden sein. Trotz aller Hilfe, die die USA. Europa in den vergangenen Jahren gewährt haben, hat sich bei den Regierungen der europäischen Länder eine wachsende Unzufriedenheit mit der amerikanischen Gängelungspolitik eingenistet. Man sollte in den USA. vermeiden, daß diese Unzufriedenheit sich zu Reibungen verdichtet. Es muß im Interesse der USA. liegen, daß Europa stark wird. Es ist aber ebenso wichtig, daß es selbständig bleibt, weil es nur so die moralische Kraft aufbringen kann, auch geistig dem östlichen Druck zu widerstehen. Eine lebensfähige Selbständigkeit Europas ist aber nur dann zu erwarten, wenn die Integration sich nicht auf Westeuropa beschränkt. Und dafür müssen weltpolitisch die Voraussetzungen geschaffen werden. Und die Schaffung dieser weltpolitischen Voraussetzungen ist Aufgabe der USA.

Es wird schon seit langem damit gerechnet, daß die von den USA. gewährten Finanzhilfen nicht mehr im gleichen Umfang den europäischen Staaten zugute kommen werden. Es bieten sich jetzt dafür dringendere Ziele. Aber gerade für die europäischen Länder können die USA. wirtschaftlich viel mehr tun, als das durch Finanzhilfen überhaupt möglich sein kann. Als Verfechter des Welthandels müssen sie sich auch über die Verpflichtungen klar sein, die ihnen ihre wirtschaftliche Vorrangstellung auferlegt. Die USA. dürfen ihre Märkte nicht aus protektionistischen Erwägungen heraus in so starkem Maße abschließen, wie es heute der Fall ist. Vielleicht könnte gerade ein Präsident, der keiner wirtschaftlichen Interessengruppe angehört, einen Einfluß auf die Handelspolitik der USA. in diesem Sinne ausüben. (sk)

Dr. Burkhardt Röper, z. Zt. Cambridge, Mass.

Dollardrive und der Protektionismus in den USA.

Bei Gesprächen über den „Dollar Drive“ wird man nicht selten an das Gleichnis vom Splitter im Auge des anderen und dem Balken im eigenen erinnert. Die einen sehen Europas mangelnde Produktivitätssteigerung, geringe Exportbereitschaft, Preisüberforderungen, usw.; sie weisen auf eine theoretisch einwandfreie Statistik hin, die zeigt, daß der prozentuale Anteil der Importzölle an dem Gesamtwert zollpflichtiger Waren von 53 % im Jahre 1931 auf 37 % im Jahre 1939 und gegenwärtig rund

14 % gesunken ist. Die anderen sehen nur hohe Zollmauern und andere schwer übersteigbare Handelshemmnisse, die den Zugang zum größten Markt der Welt mit seinem attraktiven Preisniveau und seiner heiß begehrten Währung übermäßig behindern. Die angeführte Statistik halten sie für höchst anfechtbar, weil trotz aller Ermäßigungen viele Zölle noch immer für Importe aus Europa prohibitiv wirken, weil die Ermäßigungen vielfach höchst uninteressante Positionen betrafen und weil die optische

Wirkung eines partiellen Zollabbaues eines Hochschutzzollandes übergroß ist.

Ohne diskutieren zu wollen, wer den Splitter und wer den Balken im Auge trägt, wollen wir die Frage der Berechtigung des US.-Protektionismus überprüfen. Dieser ist und bleibt eine Tatsache trotz aller Bemühungen einsichtiger Politiker und Geschäftsleute und vieler ermunternder Reden. Er bleibt eine Tatsache, obgleich das Schlagwort „trade or aid“ oft genug wiederholt wurde, obgleich 35 Mrd. \$ in den